

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1,50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5789 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 15 | Altensteig, Donnerstag den 19. Januar 1928 | 51. Jahrgang

Von der Länderkonferenz

Fortsetzung der VV-Konferenz in Berlin

Ueber das Korreferat des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun wird nun ausführlicher folgendes mitgeteilt:

Braun ging davon aus, daß es gerade die bayerische Regierung gewesen ist, die schon vor einigen Jahren auf die Unhaltbarkeit der letzten Zustände hingewiesen und in einer eingehenden Denkschrift dargelegt habe, wie die letzten verfassungsmäßigen Verhältnisse reformiert und geändert werden müssen. Und diese sind tatsächlich auf die Dauer unhaltbar und zwar unhaltbar aus finanziellen wie aus allgemeinen staatspolitischen Erwägungen. Ob das eine oder das andere System in seiner praktischen Auswirkung und zwar finanziell billiger oder teurer ist, das läßt sich zahlenmäßig überhaupt nicht nachweisen, und alle Vergleiche, wie sich die Dinge in Amerika oder in der Schweiz oder in Dänemark oder zwischen den innerdeutschen Staaten finanziell gestalten, führen zu keinem klaren Bild über die finanzielle Wirkung des einen oder anderen, was hier in der Reform ansetzt wird. Es wird auch, und zwar mit Recht, eingewendet, das Bismarcksche Reich sei auch nicht viel billiger gewesen. Das stimmt; es war vielleicht, da noch die Ausgaben für die verschiedenen Hofhaltungen hinsukamen, sogar noch etwas teurer. Bei dieser Argumentierung wird nur immer vergessen, daß wir damals ein reiches Land waren.

Wir hatten vor Weimar keinen rein föderativen Staat, und wir haben ihn auch heute nicht. Geographisch ist schon ein reiner Föderativstaat unmöglich. Es ist ausgeschlossen, daß eine gleichberechtigte Föderation auf demokratischer Grundlage in der praktischen Ausführung bestehen kann, wenn der eine Teil fast 40 Millionen Einwohner und der andere Teil nur 40000 umfaßt. Den Ländern ist das Recht jeder Staatshoheit, d. h. die Finanzhoheit im wesentlichen genommen. Da liegt die Wurzel des ganzen Übels. Sehr liegen die Dinge tatsächlich so, daß es eine Reihe von Ländern gibt, die zwar den Willen, aber nicht mehr die Kraft, die finanzielle Kraft haben, ihr eigenes staatliches Leben aufrecht zu erhalten. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß kleine Länder, die den Willen und die Kraft zur Eigenstaatlichkeit haben, gegen ihren Willen nicht gezwungen werden können, ihre Eigenstaatlichkeit aufzugeben und ich stehe auch nicht an, hier zu erklären, daß die preussische Regierung, soweit ich sie beeinflussen kann, stets davon auszugehen ist, daß wir durchaus keinen Zwang auf kleine Länder ausüben wollen, sich Preußen anzuschließen. Jeder Anschluß eines Landes bedeutet für uns eine Verärgerung der Zeiten. Wie die Dinge heute liegen, bedeutet das Aufgeben jedes kleinen Landes, wenn die Reichsverfassung unverändert bleibt, für Preußen eine Einschränkung seines Einflusses im Reichsrat und demgemäß in der Reichspolitik.

Kann man kein Wort zu dem Regierungsdualeismus zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß das kein erstrebenswerter Zustand ist. Er ist aber nicht neu; wir hatten auch früher in Berlin eine Reichsregierung und eine preussische Staatsregierung. Wenn heute die abweichende Stellungnahme der preussischen Regierung im Reichsrat Reichsgeheimverträge gegenüber der Öffentlichkeit als ein Hindernis der preussischen Staatsregierung gegen die Reichsregierung angesehen wird, so ist das vollkommen irreführend. Die Verhältnisse zeigen, daß der jetzige Aufbau, die jetzige Zweiteilung auf die Dauer nicht zu halten ist und dazu führen muß, daß fortgesetzt auch die Reichsregierung befreit sein muß, sich draußen eine Verwaltung zu schaffen. Das führt zu einer Aufhebung der Reichsverwaltung. Es gibt für mich, da wir auf dem halben Wege nicht stehen bleiben können — darüber sind wir uns alle einig — nur ein weiteres Vordrängen.

Das im Einheitsstaat die Stammeseigenheiten nicht hindern bedürftigkeit werden könnten, ist einer der Einwände gegen eine größere Vereinheitlichung unseres innerstaatlichen Lebens. Da möchte ich doch nur darauf hinweisen, diese angebliche Stammeseigenheiten haben bei der Abgrenzung der deutschen Länder oft nur eine ganz geringe, zum Teil gar keine Rolle gespielt. Als Napoleon seinerzeit eine gewisse Abgrenzung der inneren deutschen Länder schuf, hat er weder an Stammeseigenheiten noch an sonstigen innerdeutschen kulturellen Belangen geachtet, sondern nur daran: wie schwach ist Deutschland und wie verbündet ist, daß Deutschland zu einem einheitlichen Willen nach außen kommen kann? — Ein norddeutsches Reich und ein süddeutsches Reich führen. (Zitat: Osterroth) — Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Großpreußen) Braun lehnte den Gedanken eines Großpreußen ab. Man soll auch nicht davon reden, daß die Verwirklichung des Einheitsstaates dem Sozialismus sogleich komme und den Zusammenbruch herbeiführen würde. Wir sollten uns hier, wenn wir zu die erste Lösung dieses Problems geben, von solcher Beweisführung freimachen.

Es bleibt für mich nur der eine Weg, und er muß als Richtung einen Ausschuss bestehen werden: Der Weg, der in Weimar eingeschlagen worden ist, muß konsequent fortgesetzt werden, und da man nicht zu dem zurückgehen kann, was 1914 war, sehe ich

den Weg nur darin, daß das Reich weiter die legislative Gewalt, die ihm die Verfassung gibt, reiflos ausübt, gewiß langsam, aber doch ganz systematisch und zielbewußt. Man muß sich aber weiter auch noch damit beschäftigen, wie eine Rechts- und Verwaltungsangelegenheit unter den deutschen Ländern mehr verwirklicht werden kann. Wir wollen die Dinge so klären und so gestalten, daß alle Teile des deutschen Volkes, gleichviel, in welchem Staatsverband sie leben, die größere Vereinheitlichung, die Rationalisierung unseres Staatslebens als berechtigt anerkennen.

Aus den Schlussworten zu dem Thema des Verhältnisses von Reich und Ländern ist von Interesse, daß Ministerpräsident Helldmücken vom bayerischen Standpunkt aus eine kraftvolle Stütze des Reiches als wünschenswert und notwendig bezeichnete, aber seine Auffassung gegen den Einheitsstaat und für den bundesstaatlichen Charakter des Reiches aufrechterhielt. Er erklärte, Bayern werde sich nie in einen Einheitsstaat irgendwelcher Form hineinpressen lassen. Im übrigen könnten nach seiner Auffassung auch viele Fragen, die von den Verehrern des Einheitsstaates aufgeworfen wurden, geregelt werden, ohne daß der bundesstaatliche Charakter des Reiches davon berührt werde. Bayern sei auf dieser Grundlage zu jeder möglichen Verständigung bereit. Der bayerische Ministerpräsident betonte, daß man auch nach seiner Meinung die bisherigen Ergebnisse der Konferenz durchaus als erfolgreich ansehen könne, denn die Konferenz habe zur Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern sehr viel beigetragen und gezeigt, daß sich über vieles, was bisher Reibungen verursacht, eine befriedigende Verständigung herbeiführen lasse.

Zum Schluß führte Dr. Brauns aus, daß die Erörterungen der Konferenz zu einer Klärung geführt hätten. Man habe festgestellt, daß der jetzige Zustand nicht haltbar sei. Das sei nach seiner Meinung ein Erfolg. Man werde ein gutes Stück weiterkommen und im übrigen würden die Verhältnisse von selbst zu einer Beschleunigung der Lösung beitragen.

Bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung, dem Problem der Sparmaßnahmen im Reich und Ländern, handelt es sich im wesentlichen um technische Fragen. Dabei wurde zum Beispiel über die Stärkung der Reichsregierung gegen parlamentarische Einflüsse und Stärkung der Stellung der Finanzminister gesprochen. Auch der bayerische Finanzminister Dr. Schmalz erklärte sich mit dem Vorschlag des preussischen Finanzminister Dr. Höpfer-Wschoff einverstanden, daß diese Fragen durch einen Ausschuss zur Lösung gebracht werden sollen. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß dieser Ausschuss eingesetzt wird.

Höpfer-Wschoff über einen „neuen Föderalismus“

Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Wschoff stellte zunächst drei Forderungen: 1. daß die süddeutschen Länder den Einheitsstaat ablehnen, 2. daß die norddeutschen Länder die Aufnahme in den preussischen Staatsverband ablehnen und ein Groß-Preußen nicht wollen und 3., daß die Umwandlung einzelner Länder in Reichsländer undurchführbar ist, weil sie keinen Fortschritt, sondern nur eine Veränderung in der Sache bedeuten würde, indem an die Stelle der bisherigen Länderregierung die Reichsregierung treten, im übrigen aber alles beim alten bleiben würde.

Der erste Monatel, die Befristung Norddeutschlands, ist ein Hemmnis für jede vernünftige Verwaltungsreform, aber auch für die Entwicklung der Wirtschaft. Der zweite Hauptmangel liegt im Dualismus des Reiches und der Länder und im Dualismus insbesondere zwischen Reich und Preußen und damit dominierte Arbeit in Gesetzgebung und Verwaltung im Reich und in Preußen. Man wird aber dem Reiche diese Aufgaben niemals nehmen können. Die Forderung ist kein Problem der Länder, sondern vielleicht das größte deutsche nationale Problem, und die Frage der Behebung der Wohnungsnot, der Wohnungsbau überhaupt, ist kein Problem der Länder, sondern eines der bedeutendsten deutschen Probleme. Und so gibt es nur die Wahl: Entweder den bestehenden Zustand hinnehmen, oder aber entschlossen auf dem Wege weiter zu gehen, der beschritten worden ist. Das Reich wird sich aus diesen Arbeitsgebieten nicht zurückziehen und wird weitere große Aufgaben, die in Wahrheit große deutsche Aufgaben sind, an sich ziehen und darum muß versucht werden, in diesem Dualismus eine Lösung zu finden.

Im zweiten Teile seiner Rede verteidigte der preussische Finanzminister seinen bereits in einer Broschüre veröffentlichten Vorschlag über einen „neuen Föderalismus“, durch den sich ein Reich bilden soll, das aus norddeutschen Ländern und süddeutschen Ländern bestehen würde, wobei die norddeutschen Länder und die süddeutschen Länder eine verschiedene Struktur haben würden. Ein weiterer Unterschied würde in der Gestaltung der Regierungen liegen: In den süddeutschen Ländern das parlamentarische System, in den norddeutschen Ländern etwa ein System nach dem Vorbild, das wir jetzt in den preussischen Provinzialverwaltungen haben, also Provinzialregierungen, die durch die Provinzialparlamente, den Provinziallandtag, auf Zeit gewählt werden.

Ueber die Verwaltungsreform

wurde heute, Mittwoch, mittags in der Länderkonferenz verhandelt. Referent war der sächsische Innenminister Prof. Dr. Ullrich. Er betonte, daß die Öffentlichkeit von der Konferenz praktische Ergebnisse erwarte. Er schloß sich dem Standpunkt des bayerischen Ministerpräsidenten an, daß die Frage der Verwaltungs- und Verfassungsreform ohne Verquickung mit dem Problem des Einheitsstaates behandelt werden könnte, zumal dieses letzte Problem noch nicht soweit entwickelt sei, wie die etwas unerbildige öffentliche Meinung in Norddeutschland das erwartet habe. Er wies darauf hin, daß seit der letzten Verwaltungsreform 50 Jahre vergangen seien und das Verhältnis nach einer Reform gerade sich einmal aus den Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, dann aus der Notwendigkeit, alle Sparmaßnahmen auszunutzen. Diese Sparmaßnahmen dürften allerdings nicht übersehen werden. Der Minister ist der Auffassung, daß das ganze Problem nach zwei Richtungen hin durchgearbeitet werden muß: 1. in der Richtung der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, 2. durch eine möglichst weitgehende Rechtsangleichung auf dem Gebiete der Verwaltung innerhalb Deutschlands. Als Beispiel verweist Dr. Ullrich auf die Bestimmung des Reichsbeamtenbesoldungsgesetzes, wonach jede dritte freiwerdende Beamtenstelle nicht wieder besetzt wird. Mit solchen Methoden komme man nicht weiter. Deutschland habe sich immer mehr zu einer Art Wohlstandsstaat entwickelt. Wir müssen uns aber darüber klar werden, daß diese Entwicklung nicht weiter gehe, schon nicht im Hinblick auf die Reparationsverpflichtungen. Wenn auch Untersuchungen zu dem Ergebnis geführt hätten, daß 75 Prozent der Ausgaben der Verwaltung nötig seien, so blieben immer noch 25 Prozent übrig, bei denen der Hebel angesetzt werden könne.

In dem heutigen demokratisch-republikanischen Volkstaat sei der Reichsrat ein unnützes Gebilde in einer Form, das er ablehnberechtigt neben dem Reichstage wolle, etwa wie früher der Bundesrat. An seine Stelle müsse man ein Staatenhaus setzen, in dem neben den Vertretern der regionalen Wirtschaft der Kulturträger, der kommunalen Körperschaften, die Landesregierungen ihre Vertretung haben, wobei freilich auf eine Instruktion dieser Vertreter Rücksicht werden müsse.

Das Korreferat hielt der bayerische Innenminister Dr. Stübel. Das Kernstück der geplanten Verwaltungsreform sei die Vereinfachung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern durch Festlegung ihrer Betätigungsbereiche. Eine endgültige wirklich durchgreifende Vereinigung der Verhältnisse läßt sich nur durch Änderung einer Reihe von Verfassungsbestimmungen in der Richtung der Stärkung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches, aber ohne grundsätzliche Änderung der verfassungsrechtlichen Struktur des Reiches herbeiführen. Für die Verwaltungsreform ist vor allem die verfassungsmäßige Bestimmung der Festlegung der Betätigungsbereiche des Reiches und der Länder notwendig, nämlich die Festlegung der gesetzgeberischen Zuständigkeit zwischen Reich und Länder und die Festlegung des Grundgesetzes, daß die Reichsgesetze durch die Länder vollzogen werden. Solange eine Änderung der Verfassung in diesem Sinne nicht erreicht ist, muß schon auf der Grundlage der gegenwärtigen Verfassung folgendes verlangt werden: 1. muß das Reich sich auf Ausschöpfung der Zuständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung auf wirklich reichswichtige Angelegenheiten und besonders in der Gesetzgebung auf Rahmengesetze beschränken; 2. ist auf einem Gebiet der Gesetzgebung oder Verwaltung einheitliche Regelung erwünscht, aber durch Vereinbarungen der Länder erzielbar, so ist dieser Weg einzuschlagen; 3. der Weggang der Reichsgesetze muß grundsätzlich den Ländern aufleben; 4. Der Aufbau weiterer Reichsverwaltungsbehörden, ist weil er zur Aufspaltung der Länderverwaltungen führt, zu unterlassen. Bestehende Reichsverwaltungsbehörden sind auf ihre unbedingte Notwendigkeit nachzuweisen und, soweit möglich, abzubauen; 5. Bei den Fonds ist die Reichswichtigkeit der Zwecke auf Reichsunentbehrlichkeit nachzuweisen. Fonds für Zwecke, die zur Zuständigkeit der Länder gehören, sind zu beseitigen.

Neues vom Tage.

Eine Anfrage im Reichstag über die Not der Landwirtschaft
Berlin, 18. Jan. Die Regierungsparteien haben im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: „Die deutsche Landwirtschaft ist in höchster Not und am Ende ihrer Kraft. Die Reichsregierung hat auch wiederholt auf das feierlichste erklärt, daß die Erhaltung der Landwirtschaft und ihres Produktionskraft die wichtigste Voraussetzung für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und der deutschen Volkskraft nach dem unglücklichen Kriegsausgang sei. Es steht auch fest, daß die Wiederbelebung und Erhaltung des Inlandmarktes in erster Reihe von dem Gedeihen der Landwirtschaft abhängt. Wir fragen an: Bis wann wird sich die Reichsregierung darüber schlüssig sein, welche sofort wirkenden und welche für die Dauer wirkenden Maßnahmen sie zu treffen gedenkt, um den Untergang der deutschen Landwirtschaft zu verhüten und das deutsche Volk vor dauernder Nahrungsnot zu bewahren.“

Zweerenberg.

Stammholz-Verkauf.

Die Gemeinde bietet im Wege des schriftlichen Meistgebotes folgendes Stammholz an, behält sich aber die Zusage vor.

	Langholz						Sägholz (Abschnitte)					
	Klassen											
	I	II	III	IV	V	VI	I	II	III	IV	V	VI
Fm.	Fm.	Fm.	Fm.	Fm.	Fm.	Fm.	Fm.	Fm.	Fm.	Fm.	Fm.	
Los 1 Schillberg Abt. II Nr. 264-299												
Tannen	14,55	14,15	9,92	2,10	1,07	0,64	1,30					
Los 2 ebenda Nr. 300-347												
Tannen	51,28	8,65	14,59	2,14	0,65	0,20	0,61	0,45	0,96			
Los 3 Schillberg Abt. III Nr. 348-362												
Tannen	18,07	7,13							1,13			
Los 4 Schillberg Abt. 4, 5, 6 Nr. 363-406, darunter 11 Fm. Scheidholz												
Tannen	4,12	3,69	4,25			0,64			0,53			
Förchen	4,31	15,41	11,28	1,60	0,62		1,22		1,61			
Los 5 Witz Abt. 9 und 12 Nr. 407-463												
Tannen	11,38	15,14	13,64	2,85	1,02				1,21			
Förchen		14,47	7,25	0,40	0,38				1,37			
Los 6 Witz Abt. 10, Nr. 464-512												
Tannen	3,92	6,85	7,30	3,10	1,56		1,11		0,99			
Förchen	11,22	17,41	3,78	0,57					0,32			

Die Maße und Uebernahmebedingungen sind staatliche. Zahlungsfrist zur Hälfte 15. März, zur Hälfte 15. Mai. Schriftliche Angebote in Prozenten der neuen Landesgrundpreise wollen bis Samstag, den 21. Januar nachmittags 1/3 Uhr beim Schultheißenamt eingereicht werden.

Gemeinderat.

Der nächste

Sprechtag

für die bereits bekannt gegebenen Gemeinden findet am Freitag den 20. Jan. 1928 von 9-14 Uhr auf dem Rathaus in Altensteig statt. Die Ausbezahlung der Unterstützungen erfolgt von 9-10 Uhr.

Arbeitsamt Nagold.

TORPEDO

Die Unverwüßlichen mit leichtestem Anschluss



FÜR BÜRO UND REISE

TORPEDO
FAKULTÄT / SCHREIBMASCHINEN
WEILWERKE A.-G.
FABRIKANT AM MAIN-SEELFISIM

Torpedo-Schreibmaschinen

sind zu beziehen durch die
W. Rieker'sche Buch- u. Schreibwarenhdlg.
Telefon 11 Altensteig Telefon 11

Ortsbibliothek Altensteig Bücherausgabe

diesmal Freitag, 20. Jan.
Leuze.

Statt Garten!

Fünfbromm-Peterzell

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer
am Sonntag, den 22. Januar 1928
stattfindenden

Nachhochzeit

in das Gasthaus zum „Möler“ in Fünfbromm
freundlichst einzuladen.

Friedrich Lehmann
Sohn des
Matth. Lehmann
Maurermeister

Maria Haigis
Tochter des
F. G. Haigis
Schuhmachermeister

Käse! Achtung! Käse!

Prima Ia Stangenkäse, Pfund 55 J.
Frühkäse, 25 %, 120 u. 80 Gramm, Stück 18 u. 12 J.
Sortierte Packung Colli franco M 7.— Bei 30/60/80-
Pfund-Kisten franco, an Unbekannte per Nachnahme.

Ludwig Zenger, Käsefabrikation
Heinrichen, Amt Neffels (Baden).

Nischthalben O.H. Calw.

Nadelstammholz-Verkauf.

Die Gemeinde verkauft am Mittwoch, den 25. ds. Mts. aus Abt. 12 und 17 ca. 203 Stück Förchen und Tannen in 2 Losen im Submissionsweg.

	Sägholz					
	I	II	III	IV	V	VI
Los 1 Förchen Fm.	4,77	18,39	14,86	6,81	0,51	
Abt. 12 Tannen Fm.	6,23	14,54	11,45	8,89	4,80	1,11
Los 2 Förchen Fm.			6,75	5,79	2,75	
Abt. 17 Tannen Fm.		8,28	29,33	29,68	31,96	0,61
						4,44
						6,06
						1,21

Schriftliche Angebote sind nach dem Revierpreis 1928 verschlossen mit der Aufschrift: Angebot auf Stammholz bis mittags 2 Uhr beim Amtamt einzureichen und findet die Eröffnung auf dem Rathaus statt. Genehmigung vorbehalten. Abfuhr günstig. Registerauszüge durch Waldmeister Bärle.

Gemeinderat.

Während meines

Inventur-Ausverkaufs

gewähre ich Preisermäßigung von

10-50 Proz.

auf

Damenhüte Herrenhüte und -Mützen
Damenmäntel Kravatten
Pelze Strickwesten
Damen- und Herrenwäsche

Hermann Brintzinger, Nagold

Ettmannsweiler

Wegen Wohnungsaufgabe veranstalte ich am kommenden Samstag, den 21. Januar, von vormittags 10 Uhr ab im Hause von Jakob Lutz eine

größere Versteigerung

u. a. wird angeboten:

Ein Schlafzimmer (Nußbaum), poliert mit Spiegel und Marmor, Tische, Stühle, 2 Schränke, 1 Küchen-Vüfett, 1 Zuber, 1 Sigbadewanne, 1 Nähmaschine mit Hand- und Fußbetrieb, 5-6 Km. gepaltes Holz, sowie Porzellan und allerlei Haus- und Küchengeräte.

Liebhaber laßt freundlichst ein

Frau Müller, verwitwete Faßt.

Prima Frucht-Branntwein und Zwetschgenvasser

verkauft Dürr z. Hirsch, Wart.

Ben Hur

den Besuchern dieses Lichtspiels empfehlen wir das Lesen des Romans, der in einer billigen, unverkürzten Ausgabe zu haben ist in der

W. Rieker'schen Buchhandlg., Altensteig

Nagold.

Roppbügel

gegen Zungen schlagen beim Nindloch sind wieder eingetroffen bei

Spöhr, Zimmermann.

Sehe eine



Ralbin

36 Wochen trächtig dem Verkauf aus
Friedrich Hartmann, Wart.

Nützen Sie meinen Inventur-Ausverkauf

Reinhold Hayer, Altensteig

Für die naßkalte Witterung empfehle ich einen Posten Damen-Mäntel zu den herabgesetzten Preisen von Mk. 5.—, 6.— usw., die das mehrfache dieses Preises gekostet haben.

Gleichfalls auch Strickjacken von Mk. 5.— an.

Auf einen

Posten Herren-Gummi-Mäntel in den Größen 44 u. 46 sei besond. hingewiesen Preise Mk. 8.— und 9.— statt über Mk. 20.—

